

### Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 15.08.2016

#### **Antisemitismusvorwurf gegen die HAWK - Wie geht Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajić (GRÜNE) mit den Vorwürfen um, die niedersächsische Hochschule sei eine „Hassfabrik“?**

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 5 Abs. 3: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“

Zahlreiche Medien berichteten Ende Juli und Anfang August 2016 über die Inhalte des Seminars „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim, in dem - so der Vorwurf - seit Jahren antisemitische Inhalte vermittelt worden sein sollen.

Im August 2015 legte die Amadeu-Antonio-Stiftung ein Gutachten vor, in dem die Seminarunterlagen für das Seminar „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ analysiert wurden. Der Gutachter kam zu dem Schluss, das Konzept des Seminars diene dazu, „Israel zu dämonisieren und in die Nähe der südafrikanischen Apartheitszeit oder gar des Nationalsozialismus in Deutschland zu rücken.“ Ferner urteilt er: „Es wird den Studierenden ein zutiefst antiisraelisches, in Teilen sogar antisemitisches Weltbild vermittelt - ohne erkennbare Graustellen.“ Aus Sicht des Gutachters sei „das Seminar unvereinbar mit den demokratischen Grundsätzen einer Hochschule sowie mit allen Belangen des Beutelsbacher Konsens und widerspricht jeglichem humanistischen Weltbild auf eklatante Weise.“

Die *Jüdische Allgemeine* berichtete am 2. August 2016 in ihrer Onlineausgabe, das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wolle die Antisemitismusvorwürfe durch einen externen Gutachter prüfen lassen. Wie die Zeitung berichtete, werde ein Wissenschaftler „die Inhalte des Seminars ‚Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina‘ im Einvernehmen mit der Hochschule untersuchen.“ Das Ministerium hat Medienberichten zufolge inzwischen mitgeteilt, dass das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin das Gutachten anfertigen soll.

Die Tageszeitung *Die Welt* berichtete am 5. August 2016 über die im Seminarplan angegebenen Sitzungsthemen. Darin findet sich nach Angaben der Welt diese Beschreibung Israels: „Zunehmende Gewalt beim Militär, Selbstmorde, sexuelle Gewalt, Militarisierung der Gesellschaft ab Kindergartenalter, Vernachlässigung der sozial Schwachen und vermehrt tödliche Gewalt gegen israelische Frauen. Dies ist die lokale israelische Version einer entmenslichten Gesellschaft.“

In dem *Welt*-Artikel heißt es ferner: „Die Hochschule aber war seit Jahren gewarnt worden und unternahm nichts.“ Zweimal habe sich danach der Zentralrat der Juden wegen des Seminars an die Landesregierung gewandt. Erst nach dem zweiten Schreiben des Zentralrats, im Januar 2016, habe Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić die Hochschule um eine Stellungnahme gebeten. Dem Bericht zufolge war die Ethikkommission der Hochschule zu dem Schluss gekommen, sie sehe „keinen Anhaltspunkt, dass antiisraelische oder antisemitische Inhalte in unzulässiger Weise propagiert werden.“

Die israelische Zeitung *Jerusalem Post* zitierte am 29. Juli 2016 in ihrer Onlineausgabe den Sprecher des israelischen Außenministeriums, Emmanuel Nahshon, in Bezug auf die Vorwürfe gegen die HAWK: „This is not a university, it is a hatred factory.“ („Dies ist keine Hochschule, sondern eine ‚Hassfabrik‘“). Die *Hildesheimer Allgemeine Zeitung* griff diese Berichterstattung auf. Im Onlinekurznachrichtendienst Twitter reagierte die HAWK-Präsidentin Christine Dienel darauf mit diesem Tweet: „#Antisemitismus-Vorwürfe gegen die #HAWK - Wer ist hier eigentlich die ‚Hassfabrik‘?“

Die *Hildesheimer Allgemeine Zeitung* überschrieb am 9. August 2016 einen Artikel über ein Gespräch im Ministerium für Wissenschaft und Kultur, an dem u. a. die Ministerin und die HAWK-Präsidentin teilnahmen, mit „Treffen im Ministerium: Rückendeckung für Dienel“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann und auf welche Weise hat welche Stelle innerhalb der Landesregierung davon Kenntnis erlangt, dass das HAWK-Seminar „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ wegen mutmaßlich antisemitischer Inhalte kritisiert wird (bitte mit Datum und unter Nennung der beteiligten Personen auflisten)?
2. Zu welcher Einschätzung in Bezug auf das genannte Seminar war das Ministerium gelangt, bevor die Vorwürfe im Juli 2016 öffentlich wurden?
3. Inwieweit teilt die Landesregierung die Auffassung der Hochschulpräsidentin Dienel, das Gutachten der Amadeu-Antonio-Stiftung sei ein „Auftragsgutachten“ und der „methodische Ansatz des Gutachtens“ sei „verfehlt“ (*taz* vom 2. August 2016)?

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender